

**BU Nr. 093/2015****Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
- Unterstützung des gemeinsamen Positionspapiers der kommunalen
Spitzenverbände**

Gremium	am	
Gemeinderat	21.05.2015	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Weinstadt unterstützt das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen.

Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Kosten EUR Keine.
Planbetrag Haushaltsplan EUR:
Haushaltsstelle:
Haushaltsplan Seite:
davon noch verfügbar EUR:
Über-/außerplanmäßige Ausgabe:
Deckungsvorschlag:

Bezug zum Kursbuch Weinstadt 2030:

Kein direkter Bezug.

Verfasser:

07.05.2015, Hauptamt, Beck

Mitzeichnung

Fachbereich	Person	Datum
Hauptamt	Beck, Jan	07.05.2015
Oberbürgermeister	Oswald, Jürgen	11.05.2015

Sachverhalt:

Die derzeit laufenden Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) und Verhandlungen mit weiteren Ländern verfolgen das Ziel, Handelshemmnisse abzubauen, die Investitionsbedingungen zu verbessern und damit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, sie sind daher grundsätzlich zu begrüßen. Freihandelsabkommen können jedoch auch erhebliche Auswirkungen auf die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben, für die die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortlich sind. Um mögliche negative Auswirkungen für die Kommunen und damit für die Bürgerinnen und Bürger auszuschließen fordern der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) im beiliegenden gemeinsamen Positionspapier von den Verhandlungspartnern dabei bestimmte Punkte zu gewährleisten. Dies sind insbesondere:

- Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung und Organisationsfreiheit sowie Ausnahme von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge von den Marktzugangspflichten im TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen. Dies betrifft die typischen kommunalen Dienstleistungen wie beispielsweise die Trinkwasserversorgung, den ÖPNV, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser und Kultur.
- Berücksichtigung des reformierten europäischen Vergaberechts, Erhaltung der bestehenden Erleichterungen für Inhouse-Vergaben und für interkommunale Zusammenarbeit, Bereichsausnahmen für Rettungsdienste und für die Wasserwirtschaft.
- Verzicht auf spezielle Investitionsschutzregelungen, Erhaltung der Zuständigkeit nationaler Gerichte.
- Kein Abbau von in der EU oder national geltenden Schutzstandards mit dem vorrangigen Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen.
- Beteiligung der kommunalen Ebene nicht nur in dem beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gebildeten Beirat, sondern auch in den bei der EU-Kommission bestehenden Beratergruppen.
- Gewährleistung, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und damit der öffentliche Dienstleistungssektor auch bei den weiteren Verhandlungen beziehungsweise Übereinkommen zwischen den USA, der EU und weiteren Mitgliedern der Welthandelsorganisation nicht betroffen sind. Forderung, auch bei diesen Verhandlungen beziehungsweise Abkommen die oben genannten Punkte zu berücksichtigen.

Mit dieser Beratungsunterlage soll der Gemeinderat einerseits über etwaige Auswirkungen von TTIP auf die kommunale Ebene in Kurzform informiert, außerdem soll die Position der kommunalen Spitzenverbände damit unterstützt werden.